



HESSISCHER LANDTAG

12. 09. 2023

Entschließungsantrag

Fraktion DIE LINKE

Rechten Terror bekämpfen, Opfer rechter Gewalt schützen: aus Hanau Konsequenzen ziehen!

Der Landtag wolle beschließen :

Der Landtag stellt fest:

1. Selten hat ein Ereignis das Land – weit über die Grenzen Hessens hinaus – so erschüttert wie der rechtsterroristische Anschlag und die Morde von Hanau am 19. Februar 2020. Der rassistische Terroranschlag war dabei kein Einzelfall, sondern ist Teil einer Dynamisierung rechter Gewalt, gespeist von einem Rechtsruck bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Im Zuge dessen ist Hessen in den letzten Jahren zu einem Hot Spot rechter Terroranschläge und Anschlagplanungen geworden.
2. Genau diese erschütternde und bedrohliche Entwicklung will die schwarz-grüne Landesregierung nun aus der Bilanz ihrer Politik, wie sie üblich im Wahlkampf thematisiert wird, heraushalten. Sie verweigert durch die Verzögerung des Abschlussberichts des Untersuchungsausschusses die Diskussion darüber, was aus Fehlern gelernt wurde bzw. was als Fehler abgestritten wird und welche Konsequenzen verweigert werden. Die Verzögerung diskreditiert Opfer und Angehörige und soll eine kritische Bilanz der Landesregierung in Bekämpfung rechter Gewalt im Wahlkampf verhindern.
3. Der Untersuchungsausschuss Hanau hat Pionierarbeit geleistet, indem er wesentlich auf den Fragen der Überlebenden und Angehörigen gründete und in seinen ersten Sitzungen den Erfahrungen, dem Wissen und den Perspektiven der Angehörigen breiten Raum eingeräumt hat. Die von den Überlebenden und Angehörigen und ihrem Umfeld geleistete Aufklärungsarbeit ist ein unverzichtbarer Beitrag aus der Zivilgesellschaft nicht nur zur Aufklärung der Geschehnisse von Hanau, sondern auch des entschiedenen Kampfs gegen rechts. Auch dies soll anscheinend nach Ansinnen von Schwarzgrün vor der Wahl kein Thema sein.
4. Das Versagen der Landesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden beim Opferschutz sowie Umgang mit den Überlebenden und Angehörigen zeugt davon, dass die EU-Opferschutzrichtlinie [2012/29EU], welche den Opfern von Terrorismus „besondere Betreuung, Unterstützung und Schutz“ gewährt, in Hessen nicht umgesetzt wird. Stattdessen zeugen Praktiken wie die Gefährderansprachen der Polizei gegenüber Überlebenden und Angehörigen von einer Täter-Opfer-Umkehr und sind Ausdruck von institutionellem Rassismus innerhalb der Polizei. Auch dies soll anscheinend nach Ansinnen von Schwarzgrün vor der Wahl kein Thema sein.
5. Die Weigerung, für Fehler und Organisationsversagen (z. B. auch beim Notruf in der Polizeistation Hanau I) politische Verantwortung zu übernehmen, ist ein Offenbarungseid der schwarz-grünen Innenpolitik in Hessen. Die schwarz-grüne Landesregierung verkennt somit weiterhin die gesellschafts-politische Dimension des Anschlags von Hanau – einem der schwersten rechten Terroranschläge in der Geschichte der Bundesrepublik – und die dadurch ausgelösten gesellschaftlichen Erschütterungen.

6. Die Lehren und Konsequenzen aus Hanau werden nach Vorlage des Abschlussberichts im Dezember diskutiert. Aber bereits jetzt sind einige entscheidende Punkte überdeutlich:
- eine Evaluierung der Ausbildung und Praxis bzgl. Opferschutz bei der Polizei;
 - eine bessere langfristige finanzielle und soziale Absicherung von Opfern rechter Gewalt;
 - eine Initiative für ein effektives Waffenrecht im Bundesrat;
 - langfristige Förderpläne für zivilgesellschaftliche Projekte, welche die Demokratie stärken und sich gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit einsetzen.

Diese gehören mit zur Bilanz der Landesregierung und müssen deswegen vor der Wahl am 8. Oktober thematisiert werden. Die Menschen in Hessen haben ein Recht darauf zu wissen, was diese Landesregierung getan und vor allem, was sie unterlassen hat.

Begründung:

Erfolg mündlich.

Wiesbaden, 12. September 2023

Die Fraktionsvorsitzende:
Elisabeth Kula